

Danziger Zeitung.

No 17685.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1889.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 17. Mai. (Privattelegramm.) Die Stadtverordneten-Versammlung bewilligte in einer geheimen Sitzung nach langer und erregter Debatte mit 50 gegen 49 Stimmen die vom Magistrat verlangten 150 000 Mk. zur Straßenaus schmückung beim Einzuge des Königs von Italien. Die weiterhin verlangten 100 000 Mk. zu einem Rathhausfest fanden keine Mehrheit.

— Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ ist gegen den flüchtigen Landesdirector a. D. Dr. Wehr ein Haftbefehl erlassen.

München, 17. Mai. (M. Z.) Die Königin-Mutter ist heute Morgen 8¼ Uhr in Höhen schwangau gestorben.

(Die Königin Maria, geb. 15. Oktober 1825, vermählt 1842 mit dem späteren König Maximilian II. von Bayern, seit 1864 Wittve desselben, war die Tochter des Prinzen Wilhelm von Preußen, eines jüngeren Bruders des Königs Friedrich Wilhelm III., und die Schwester des verstorbenen Admirals Prinzen Albrecht. 1874 trat sie zum Katholizismus über.)

Triest, 17. Mai. (M. Z.) Die General-Versammlung des Central-Vereins für die Zuckerindustrie in der österreichisch-ungarischen Monarchie hat eine Resolution angenommen, wodurch die beiderseitigen Regierungen ersucht werden, ihren Beitritt zur Zuckerconvention zu verweigern oder, falls dies unthunlich ist, bei dem von dem Bevollmächtigten Österreich-Ungarns, Grafen Aulstein, gemachten Vorbehalte zu beharren.

Petersburg, 17. Mai. (Privattelegramm.) Pobedonoszew ist in Ungnade gefallen, weil das schwarze Cabinet einen Brief von ihm fand, worin höchst beleidigende Ausdrücke über den Kaiser enthalten waren.

Politische Uebersicht.

Danzig, 17. Mai.

Das Scheitern der Ausgleichs-verhandlungen.

Wie gemeldet, war in Folge der Bemühungen der freisinnigen Abgeordneten Schmidt-Eberfeld und Dr. Baumbach erste Aussicht auf Beilegung des weisfälligen Bergarbeiterstreikes eröffnet, und zwar auf der Basis des am Mittwoch unterzeichneten Protokolls. Bekanntlich haben die Vertreter der streikenden Arbeiter das Hauptgewicht nicht auf die Erhöhung des Lohnes im Verhältnis zu dem Steigen der Kohlenpreise gelegt, sondern auf die Beseitigung der sonstigen Mißstände, da gerade diese die nächste Veranlassung zum Streike gegeben haben. Die Arbeitervertreter verlangen vor allem das Festhalten an der normalen achtstündigen Schicht; Ueberschichten sollen nur zur Sicherheit des Bergwerks oder zur Sicherung von Bergleuten zulässig sein. In Fällen außerordentlicher Geschäftshäufung können Ueberschichten

nur nach vorgängiger Verständigung zwischen der Grubenverwaltung und dem Ausschuss von Vertrauensmännern der betreffenden Belegschaft, welcher jährlich von der Belegschaft in freier Wahl selbständig von den Bergleuten, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben, gewählt wird, angeordnet werden. Auf die Forderung, daß in die achtstündige Normalsschicht Einsahrt und Ausfahrt eingerechnet werden, haben die Arbeitervertreter verzichtet unter der Voraussetzung, daß Einsahrt und Ausfahrt nicht länger als je eine halbe Stunde dauern und so geordnet werden, daß der Bergmann nicht länger als acht Stunden unter Tage bleibt. Unter diesen Voraussetzungen begnügen sich die Arbeitervertreter mit dem Wunsche, daß der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund für die Erhöhung der Löhne entsprechend der stattgehabten Steigerung der Kohlenpreise eintrete. Ferner soll der Verein dahin wirken, daß die Grubenverwaltungen dem Bergarbeiter durch die Form und Fassung der Abkehrscheine in seinem Fortkommen nicht hinderlich sind und daß dem Bergarbeiter für Pulver, Del und Gejäte nur der Selbstkostenpreis berechnet wird. Selbstverständlich soll den Bergleuten in Folge des Streikes keinerlei Nachtheil seitens der Verwaltungen zugefügt werden. Bei Annahme dieser Wünsche seitens des Vorstandes des oben genannten Vereins verpflichten sich die Bergarbeitervertreter, ihren ganzen Einfluss dahin geltend zu machen, daß die Wiederaufnahme der Arbeit sofort erfolgt. Bei Unterzeichnung dieses Protokolls erklärte Dr. Hammacher, daß er die Wünsche der Arbeiter als eine geeignete Grundlage der Verständigung anerkenne, und versprach, in diesem Sinne zu wirken.

Dies der nähere Inhalt des schon kurz erwähnten Protokolls. Alles schien nun auf dem besten Wege, namentlich da der Abg. Hammacher die gemeinschaftlich vereinbarten Abmachungen für eine geeignete Grundlage zur Verständigung erklärte. Das Protokoll war auch dem Kaiser noch vor der Audienz der Grubenbesitzer mitgeteilt und offenbar von ihm gebilligt worden. Der Kaiser hat ausdrücklich seine Anerkennung für das bewiesene Entgegenkommen ausgesprochen und gewünscht, daß das von Hammacher unter Beihilfe freisinniger Abgeordneter Begonnene „möglichst bald zu einem guten Ende geführt werde“; der Kaiser hat überhaupt ganz anders zu den Arbeitgebern gesprochen, als manche wohl nach dem Tone, der die Anrede an die Arbeiterdeputation zu durchwehen schien, erwarten mochten. Hat er doch sein Vertrauen zu dem „gesunden und vaterländischen Sinn dieser Männer“ (der Arbeiterdeputation) kund gegeben; hat er doch ferner, ähnlich wie wir dies bereits mehrfach gesehen haben, „dringend empfohlen, daß die Bergwerksgesellschaften und ihre Organe in Zukunft möglichst nahe Fühlung mit den Arbeitern erhalten, damit ihnen solche Bewegungen nicht entgehen“; hat er es doch schließlich für menschlich und natürlich erklärt, wenn die Arbeiter in dem berechtigten Bestreben, ihren Lebensunterhalt zu verbessern, an dem höheren Gewinne der Gesellschaften theilnehmen wollen — alles Auserfunden,

welche für die Arbeitgeber-Deputation die dringenden Mahnungen zur Nachgiebigkeit enthalten. Der „Post“ zufolge hat der Kaiser sogar, wenn auch nur halb scherzhaft, den Herren den nicht mißzuverstehenden Rath ertheilt, „den Beutel aufzuheben“.

Trotz dieser so überaus günstigen Sachlage sind nun die in Berlin gepflogenen Ausgleichsverhandlungen im letzten Augenblick gescheitert. Noch in voriger Nacht, leider zu spät, als daß sie noch hätte in der Morgennummer zum Abdruck gelangen können, erhielten wir folgende Drahtmeldung unseres Berliner Correspondenten:

Bei der auf (Donnerstag) Abend festgesetzten Zusammenkunft lehnten die Vertreter der Grubenbesitzer unter dem Einflusse des Vertreters des Aölnner Bergwerksvereins Arabler jede Verhandlung mit den Abgeordneten Schmidt und Baumbach als Vertretern der Arbeiter ab.

Ein heute eingetroffenes Telegramm aus dem officiellen Telegraphenbureau bestätigt diese Angabe mit dem Hinzufügen, daß die übrigen Mitglieder der Grubenbesitzer-Deputation zu den Verhandlungen bereit waren, dann aber ohne Arabler nicht verhandeln zu können erklärten, welcher namentlich an dem § 4 des Protokolls, welcher sich auf die Bildung ständiger Arbeiterausschüsse der einzelnen Zechen bezieht, Anstoß genommen hat. Arabler ist Director der Actiengesellschaft „Aölnner Bergwerksverein“; die Actien derselben haben ein Cours von 177 und befinden sich größtentheils in ausländischem Besitze.

Es ist tief bedauerlich, daß an dem Eigensinn dieses einen Herrn ein Werk gescheitert ist, das dem Gelingen schon nahe war und allseitig von Segen gewesen wäre. Herr Arabler hat jedenfalls eine furchtbar schwere Verantwortung auf sich genommen; denn wenn auch, wie wir hoffen, eine Einigung noch auf anderem Wege erzielt werden wird, so wird dieselbe doch verzögert; kostbare Tage werden verloren, und daran trägt allein Herr Arabler die Schuld.

Aus welchen Motiven mag er so gehandelt haben? Ist er vielleicht „national“ gesinnt, daß er mit den freisinnigen Abgeordneten, welchen die Arbeiterdeputation die Vertretung ihrer Angelegenheit übergeben hatte, nicht verhandeln will, eben weil sie freisinnig sind? Dieser Gedanke muß sich unwillkürlich aufdrängen, wenn man die Ergüsse eines Theils der „nationalen“ Presse liest, die bereits das schwerste Gejäh gegen die Beihilfe der freisinnigen Abgeordneten an dem Einigungswerke aufgeführt hat. Wir wollen einige Leistungen dieser Art, welche zum mindesten wieder einmal beweisen, wie gewisse Kreise aus blindem Hass gegen den Freisinn jede Fähigkeit zur sachlichen Beurtheilung irgend einer Sache verloren haben, nachstehend wiedergeben. Die gouvernementale „Neue Reichs-Correspondenz“ in Berlin schreibt nach im übrigen bekannten Mustern:

„Andererseits wird man es zwar bedauern, aber wohl dem Unbekannten der Deputirten mit den Meinungen und Verhältnissen zurechnen dürfen, daß sie sich von den Freisinnlern haben ausschließen lassen. Denn den Herren Baumbach, Richter und Gen. ist es ebenföwenig wie den Socialdemokraten um Abhilfe

vorhandener Mißstände, sondern nur um tendenziöse Verheerung der öffentlichen Meinung im parteilichigen Interesse zu thun.“

Und wo es etwas auf die Freisinnigen zu schmeißen giebt, da ist natürlich auch der Herr Schweinburg schnell zur Hand. Der Freund des Finanzministers erklärt in den „Pol. Nachr.“:

„Es wäre schwer zu beklagen, wenn dies (Weiterführung der Verhandlung mit den Grubenbesitzern seitens der freisinnigen Abgeordneten) wirklich der Fall und von den Arbeitern daheim als bindend anerkannt werden würde. Wir glauben kaum, daß die Arbeitgeber sich die Einschlebung dieser freisinnigen Mandatäre gefallen lassen werden. Als Zeugen die Herren Baumbach und Schmidt zuzusehen, stand den Arbeitervertretern bei den Verhandlungen mit Dr. Hammacher frei; daß aber die Arbeitgeber der politischen Tendenzmacherei des Freisinn Vorstoß leisten würden, haben wir starken Grund zu bezweifeln.“

Angeichts derartiger officiöser Aeußerungen wäre es in der That kein Wunder, wenn Herrn Arablers Verhalten auf eine Tendenz, wie oben angedeutet, zurückzuführen wäre. Ein solches Verfahren aber näher zu qualificiren, überlassen wir dem Leser.

Der Stand der Strikebewegung.

Unter dem Eindruck der günstigen Nachrichten über die Vorgänge in Berlin haben sich die Verhältnisse im rheinisch-weisfälligen Kohlenrevier erheblich gebessert; es steht freilich zu befürchten, daß durch den nunmehrigen Abbruch der Verhandlungen diese Entwicklung wieder zum Stillstehen bracht oder doch zum mindesten gehemmt wird. Nachstehend geben wir die telegraphischen Nachrichten des Wolff'schen Bureaus aus den Strike-reviereu wieder.

Rheinland-Westfalen.

Essen a. R., 16. Mai. Nach der „Rhein.-Westf. Ztg.“ wird die Lage in den Kohlenrevieren sichtlich besser, wenn auch eine wesentliche Veränderung noch nicht eingetreten ist. Auf vielen Zechen hat sich die ansehende Arbeiterzahl vermehrt, auf mehreren erheblich. Im Werdener und Mülheimer Revier wird voll gearbeitet, obgleich in der gestrigen Versammlung von Bergarbeitern in Werden die Fortsetzung des Ausstandes und das Bestehen auf der Erfüllung sämtlicher Forderungen beschlossen worden war. Im Dortmunder Revier wird auf den Zechen „Aölnsborn“ und „Wesfen“ voll gearbeitet, auf anderen wieder theilweise. Der Eindruck der Ansprache des Kaisers auf die Bergleute ist augenscheinlich ein tiefer. Von Seiten der Zechenverwaltungen ist eine weitere Rundgebung nicht mehr ergangen. Derselben sind dem Vernehmen nach entschlossen, die Entwicklung der Dinge abzuwarten.

Gelsenkirchen, 16. Mai. In einer heute stattgehabten Versammlung von Delegirten der Arbeiter aller Zechen des Kreises Gelsenkirchen wurde beschlossen, dem Sonntag in Bochum zusammentretenden Arbeiterdelegirten für Rheinland-Westfalen folgenden Antrag vorzulegen: In dem Bestreben, dem von Sr. Majestät dem Kaiser in der Audienz ausgesprochenen Wunsche entgegenzukommen, in der Hoffnung, daß die von Sr. Majestät zugelegte Prüfung unserer gerechten Forderungen dieselben zur Erfüllung bringen wird, schlagen wir den Belegschaften vor: 1. die Arbeit wieder aufzunehmen, 2. die Deputirten der Belegschaften vertreten lehtere bis zu einer anderweitigen Wahl bei den Verhandlungen mit den Zechenverwaltungen und Behörden bezüglich der festzuhaltenden Ansprüche.

wir sagen, sie gehört ganz zweifellos mit zu den Glanzpunkten in der ganzen Unfallverhütungs-Ausstellung, sowohl was ihren inneren Werth betrifft, als auch hinsichtlich ihrer äußeren Anordnung. Sie ist ebenso geschmackvoll, als übersichtlich gruppirt, so daß man in dieser Abtheilung mit ebenso großem Behagen als Nutzen verweilt.

Außer unseren österreichischen Gästen haben wir in der Unfallverhütungsausstellung auch Freunde aus dem so ungemein entwickelten Industrie- und Bergbau-Bezirk Belgiens zu begrüßen. Aus den ungeheuren berg- und hüttenmännlichen Betrieben finden wir die verschiedenartigsten maschinellen Anordnungen und Wohlfahrts-einrichtungen aufgestellt. Bezeichnend ist es, daß hier die eigentlichen Betriebsvorrichtungen, dagegen in der österreichischen Abtheilung die mannigfachen Wohlfahrts-einrichtungen vorherrschen. Ganz eigenartig ist die von Beukelaer in Antwerpen mittelgeleitete Beschreibung eines Erholungs- und Belehrungs-lokals für Arbeiter, ferner die von Maillon in Charleroi angegebenen Unterweisungen für den Aesellüberwachungsdiens. Wer die Wichtigkeit dieses Theiles in dem Dampfmaschinenbetrieb kennt, dem wird sofort die Bedeutung dieser unscheinbaren Instruction, sowie der sich anschließenden Heiserschulen klar werden. Eine zweckmäßig geleitete Heiserschule ist nämlich eines der wirksamsten Unfallverhütungsmittel. Eine fernere, weithin bemerkbare Eigenthümlichkeit dieser belgischen Abtheilung besteht in der auffallend großen Menge von Apparaten und Vorrichtungen zur Verhütung von Feuergefahr. Von eigentlichen Wohlfahrts-einrichtungen für Arbeiter geben uns nur die Ausstellungen der Herren De Smet und d'Ganis in Gent und die Antwerpener Gesellschaft zur Verbesserung der Arbeiterwohnungen und zum Bau von Arbeiterhäusern einige wenige Auskunft und allenfalls noch eine von Gebrüder Lindhart in Antwerpen vorgelegte Fabrik-einrichtung mit Verbesserungen, die sich auf die Gesundheitspflege der in den Räumen beschäftigten Arbeiter beziehen. Aber auch auf diesen wenigen Ausstellungsgegenständen lassen sich gar manche höchst wichtige Schlüsse auf gewisse in Belgien herrschende sociale Zustände ziehen. Und daß diese Ausstellung auch zu derartigen Anregungen und Gedankenerbindungen Anlaß giebt, ist nicht ihr schlechtester Dienst, den sie der Sache der Menschlichkeit erweist. Man lernt aus solchen Aeußerlichkeiten auf den Zusammenhang in den Erscheinungen des Volkslebens schließen.

Bilder aus der Ausstellung für Unfallverhütung.

(Nachdruck verboten.)

Don Julius Witt.

Unsere Gäste: Oesterreich und Belgien.

Wenngleich die Ausstellung sich als eine allgemeine deutsche bezeichnen, so ist dennoch das Ausfüh-rungscomité nicht so engherzig gewesen, um nichtdeutschen Behörden oder Privaten die Theilnahme an diesem echt menschenfreundlichen Unternehmen zu verwehren. Namentlich waren es die Deutschland besuchenden österreichischen Canzgebiete, welche eine wahrhaft großartige Beschickung veranfaßte haben, und dieser, auch räumlich in sehr bemerkbarer Weise hervortretenden österreichischen Abtheilung soll vorzugsweise unser heutiger Ausstellungs-Bericht gewidmet sein.

Zunächst sei auf den erfreulichen Umstand hingewiesen, daß alle österreichischen Kronländer mit den mannigfachen Ausstellungsgegenständen vertreten sind. Gleich am Eingange des österreichischen Ausstellungssaales wird der Besucher durch die aus der erherzoglich Albrecht'schen Güterverwaltung stammenden Gegenstände auf das stärkste angezogen und zu längerer Betrachtung derselben gezwungen. Wir finden da selbst eine außerordentlich große Anzahl von ungemein sauber und ansehnlich gearbeiteten Modellen, welche sich auf alle Einzeltheile des weisfälligen landwirthschaftlichen und industriellen Betriebes auf den zur Güter- und Cameral-Direction von Canbusch und Teschen gehörigen erherzoglichen Besitzungen beziehen. Die ebenso menschenfreundliche, als kluge Verwaltung hat es sich zur Aufgabe gemacht, den auf den betreffenden Ländereien beschäftigten Arbeitern ihr Dasein angenehm und in jeder Weise zufriedenstellend zu gestalten. Auf den Dörfern Cudjichowa, Bendosjka, Lipowa, Simnaraftoka, Bja-Dolina sehen wir Arbeitercolonien nach den verschiedensten Mustern angelegt. Arbeiterhäuser zu zwei und vier Wohnungen, mit Vorgärten und Hinterländeren ausgestattet, wechseln mit sogenannten Arbeiterkafernen ab, die zum Schlafen und zum Rauchenanhalt für Ledige bestimmt sind. In diesen Massenquartieren sind geräumige Speisekassen vorhanden, in denen nach fest vereinbarten Sätzen die Speisen in genügenden, ja reichlichen Mengen verabfolgt werden. Welcher Art die Ernährung ist, darüber giebt

uns eine ausführliche Denkschrift Bericht, deren eingehendes Studium den Besuchern dieser Abtheilung nicht einbringlich genug empfohlen werden kann. Man kann daraus ein gut Stück praktischer Nationalöconomie, wie praktischer Socialpolitik lernen. Ganz besonders lehrreich ist ein Einblick in die Fabrikhäuser der erherzoglich Albrecht'schen Brauerei. Ebenso gut und auskömmlich wie für die leiblichen ist auch für die geistigen und seelischen Bedürfnisse der Arbeiter durch Schulen, Kirchen, Spitäler gesorgt. An Unterstü-tzungsvereinen, an genossenschaftlichen Einrichtungen zur Beschaffung von Lebensmitteln und sonstigen Verbrauchsgegenständen fehlt es gleichfalls nicht. Neben diesen Einrichtungen zur Beförderung der Wohlfahrt unter den Arbeitern sehen wir zahlreiche Modelle, welche zur eigentlichen Verhütung von Unfällen an den Betriebseinrichtungen dienen. Hier sind Auffangvorrichtungen für Knochenmehl-flauid, dort Schutzvorrichtungen an Kreislägen, anderwärts Heber zum Abziehen der Schwefelsäure aus den Bleikammern ausgestellt. Sehr zweckmäßig ist die für die Arbeiter entworfene Unterweisung bei ihren Vorrichtungen am Entfallungsprojec in der Celm-, Knochenmehl- und Schwefelsäurefabrik. Ein sehr ansehnliches Modell dieser Celmfiederei veranschaulicht die mannigfachen und an besonders gefährlichen Stellen des Maschinenbetriebes eingeschalteten Schutzvorrichtungen.

Nicht minder bedeutend und nicht minder anziehend für den empfänglichen Besucher sind die von den großen österreichischen Eisenbahn-Gesellschaften (Kaiser Ferdinands-Nordbahn, die Staatsbahn, die Südbahn) ausgestellten Modelle, Zeichnungen, Pläne, Denkschriften, Statuten für Krankenkassen, Unterstü-tzungsvereine, Consumvereine. Die Arbeitercolonien in Smünd, in Marburg mit ihren Wohnhäusern, Bade-Anlagen, mit ihren Kinderasylen und Schutzgebäuden nehmen sich nicht etwa bloß in den an den Wänden angebrachten bildlichen Darstellungen sehr schmuck aus, sondern sie erweisen sich erst durch die in den Einzeldenkschriften uns dargelegten Ergebnisse in ihrem ganzen socialen Werthe. Es ist schade, daß nicht auch einige moralisatistische Angaben aus diesen so gut eingerichteten Arbeitswerkstätten vorhanden sind. Es müßte doch recht lehrreich sein, zu erfahren, von wech einem entscheidenden Einflusse auf die Gesamthaltung einer Bevölkerung solch eine schöne sociale Ordnung sei. Hier ist eine Lücke,

die aber freilich nicht etwa lediglich in dieser österreichischen Abtheilung sich bemerkbar macht, sondern in der ganzen Ausstellung. Vielleicht wird eine neue und verbesserte Auflage dieses Ausstellungs-Unternehmens nach Jahr und Tag diesen Mangel an moralisatistischen Tabellen ausfüllen. Denn es ist und bleibt doch in alle Ewigkeit wahr: das beste Mittel, die Verbrechen aus der Welt zu schaffen, liegt in einem auskömmlich bemessenen Unterhalt des Menschen. Wer fast ist, ein lauberes Heim sein eigen nennt, der schießt weder, noch mordet er, noch thut er sonst ein Uebles. Der fortschreitenden Cultur muß es nach und nach gelingen, den Grenzbereich der Verbrechen immer enger und enger einzuschränken, so daß zuletzt nur die in der lebenssachlichen Erregung des Augenblicks begründeten Verbrechen übrig bleiben.

Aber auch die anderweltlichen österreichischen Staatsbetriebe, wie die Tabaksregie, die Soff-druckerei, zeigen einen loblichen Wettstreit nach dieser im besten Sinne socialreformatorischen Richtung, und die zahlreichen großen Actiengesellschaften, sowie die intelligenten Privatindustriellen haben es gleichfalls seit langem schon begriffen, daß ihre eigenen Interessen Hand in Hand mit der steigenden Wohlfahrt der Arbeiter gehen. Von dieser guten Erkenntniß legen die unübersehbaren Ausstellungsgegenstände unwiderlegliches Zeugniß ab, welche aus den böhmischen und mährischen, sowie den steierischen und kärnthener Industrie-betrieben herflammen. Die älpente Montangesellschaft darf in dieser Hinsicht auf eine fast halbhundertjährige segensreiche Wirksamkeit hin-ausweisen, denn so lange bestehen ihre Wohlfahrts-einrichtungen, die sich naturgemäß mit der grophartigen Erweiterung des Betriebes in den Berg- und Hüttenwerken ungemein entwickelt und ausgedehnt haben. Auch hier be-gegen wir überall sehr gut eingerichteten Arbeitercolonien, Schulen, Krankenhäusern, Bade-einrichtungen, mannigfachen Unterstü-tzungskassen, die sich hinsichtlich ihres segensreichen Einflusses von keiner anderweltigen derartigen Einrichtung in den Hintergrund drängen zu lassen brauchen. Es würde indessen die Leser nur ermüden, wollten wir in systematischer Weise diese österreichische Abtheilung Nummer für Nummer durchgehen und jeden einzelnen Aussteller namhaft machen, obwohl jeder derselben es verdient hätte. Wir müssen daher unsere Eindrücke, die wir von der österreichischen Ausstellung empfangen haben, dahin zusammenfassen, daß

Radon, 16. Mai. Dem „Echo der Gegenwart“ zufolge ist der Ausstand auf den Gruben „Centrum“ und „Nothberg“ gestern Mittag beendet. Die Verwaltung gewährte als Aufbesserung der Löhne für die Dauer eine Minimalzuschüttung von 3 Mk., für die Schleiher von 2 1/2 Mk., bei Accordarbeit entsprechend höhere Löhne, ferner Freigabe des Dels und wohlwollende Behandlung seitens der Unterbeamten.

Radon, 16. Mai. Die Belegschaft der Zeche „Nordferrn“ hat heute die Arbeit niedergelegt.

Radon, 16. Mai. Im Schmeider Bergwerksbezirk verlief der gestrige Tag in voller Ruhe; die für gestern angelegte Arbeiterversammlung hat nicht stattgefunden, dagegen wurde von den Arbeitern der Grube „Nothberg“ in Weisweiler eine große Versammlung abgehalten.

Schlesien.

Hirschberg, 16. Mai. Zur weiteren Verstärkung ist Nachts eine Compagnie des hiesigen Jäger-Bataillons per Extrazug in das Striegegebiet abgegangen.

Breslau, 16. Mai. Die „Schlesische Ztg.“ meldet aus dem Waldburger Kohlenrevier: Von Nachmittags 3 Uhr ab sind die Schankstätten im Striegegebiet geschlossen. Der Schneidermeister Kühn, Reichstagsabgeordneter für Langenbielau, soll am Westabhang des Hochwalbes eine Versammlung abgehalten haben. Die Grubenverwaltungen sind geneigt, in den Concessionen soweit zu gehen, wie der Betrieb es erlaubt. Gestern sind zwei Bataillone des 10. Infanterie-Regiments und heute noch zwei Schwabronen Altkämpfer von hier in das Kohlenrevier abgegangen. Die Werke „Gottesberg“ und „Rothenberg“ sind von einer Jägercompagnie aus Hirschberg besetzt.

Breslau, 16. Mai. Die „Breslauer Zeitung“ meldet aus Waldburg: Gestern fand eine Konferenz der Gruben-Repräsentanten und Beamten statt, an welcher sich auch der Regierungspräsident Junker v. Oberconrad beteiligte. — Die Weissteiner Bergleute haben heute die Arbeit eingestellt. In die fürstlichen Gruben ist nur ein Theil der Arbeiter eingefahren. Die Bergleute haben heute Vormittag mit der Verwaltung unterhandelt. Die Ruhe ist bis jetzt im allgemeinen nicht gestört. Der Cantharid Ciers läßt eine Proclamation anschlagen, in welcher auf die Paragrafen des Strafgesetzbuchs über den Canstriedensbruch hingewiesen und vor Widersehligkeiten gewarnt wird.

Ueber den heutigen Stand der Dinge gingen uns folgende Telegramme zu:

Breslau, 17. Mai. (W. I.) Der „Breslauer Zeitung“ wird aus Waldburg gemeldet: Die Ruhe ist nirgends gestört. Die Bergleute der Pleß'schen Grube, wo etwa 4000 Arbeiter striken, lehnten die angebotene Lohnerhöhung von 10 Procent ab und weigerten sich, auf Erledigung ihrer Forderungen bis Sonnabend zu warten und weiterzuarbeiten.

Zwickau, 17. Mai. (W. I.) Auf mehreren Zecken wurde gestern von den Förderleuten, meist jungen Burschen, die Arbeit niedergelegt.

Essen, 17. Mai. (W. I.) Der „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ zufolge beträgt die Zahl der Bergleute, welche gestern die Arbeit wieder aufgenommen haben, mindestens 10 000. Von 19 200 Bergleuten des Essener Reviers arbeiten heute 5909 wieder.

Aachen, 17. Mai. (W. I.) Der Strike im Aachener Revier der Vereinigungs-Gesellschaft ist außer den im Holländischen belegenen Zecken Proch und Doccart allgemein. Der Regierungs-Präsident hat sich heute in das Strike-Revier begeben.

Berlin, 17. Mai. (Privattelegramm.) Im Saar-Kohlengebiet wird die Herabsetzung der jetzigen zwölf- bis dreizehnstündigen Schicht verlangt.

Zur dritten Lesung des Alters- und Invaliditäts-Gesetzes.

Nach den Erklärungen, welche die Commissare der verbündeten Regierungen im Laufe der bisherigen Berathung über die Alters- und Invaliden-Versicherung wiederholt gegenüber den Bedenken der Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen der östlichen Provinzen gegen die Beschlüsse der Commission abgegeben haben, kann der Beschluß des Bundesraths, den Anträgen dieser Gruppe zur dritten Berathung nicht zuzustimmen, in keiner Weise überraschen. Gleichwohl werden diese Anträge, welche, wie bereits in unseren heutigen Morgenbesprechungen gemeldet ist, von etwa 30 Mitgliedern unterstützt sind, an das Plenum gebracht werden; in der Hauptsache werden diese Anträge freilich nur dazu dienen, das schließliche ablehnende Votum der Herren v. Mischbach u. Gen. zu rechtfertigen. Unter diesen Umständen ist vorauszusetzen, daß die Invaliden-Versicherung schließlich nur mit schwacher Majorität zur Annahme gelangen wird. Die vielfach gehegte Erwartung, daß das Centrum in den entscheidenden Abstimmungen eine erheblich größere Zahl von Mitgliedern für die Annahme des Gesetzes stellen werde, ist durch den Verlauf der letzten Fraktions-Sitzung nicht bestätigt worden. Das Gros des Centrums wird in dem Widerspruch gegen das Gesetz verbleiben.

Vorausichtlich wird die dritte Berathung einen ziemlich raschen Verlauf nehmen. Die „Lib. Corr.“ nimmt an, daß die Generaldebatte zwei Sitzungen (heute und morgen) in Anspruch nehmen und die Specialdiscussion in drei Sitzungen erledigt wird.

§ 4 des Strafgesetzbuchs.

Wie die officiösen „Pol. Nachr.“ schreiben, hielt der Bundesrath gestern Nachmittag eine Plenarsitzung ab, in welcher dem Vernehmen nach mündlicher Bericht über den preussischen Antrag wegen Abänderung des § 4 des Strafgesetzbuchs erhalten werden sollte. In Reichstagskreisen wurde angenommen, daß die diesbezügliche Vorlage dem Reichstage sofort zugehen, und daß sie noch vor dem Schluß der Session, welchem man allgemein etwa zum Himmelfesttage entgegensteht, erledigt werden würde.

Der Fall Wohlgemuth.

Aus den letzten Erörterungen der diesseitigen und der schweizerischen Presse über den Fall Wohlgemuth erhält man fast den Eindruck, als ob zwar langsam, aber doch merklich das Gras über den leidigen Fall zu wachsen beginne. Je mehr sich der Fall durch Beibringung von thatsächlichem Material in seinen Einzelheiten übersehen ließ, desto stiller wurde es in der officiösen Presse, und so man in den letzten Tagen von dieser Seite noch das Wort zur Erwiderung nahm, da klang es nicht wie die Einleitung zu einer diplomatischen Action, sondern wie der verhallende Ton eines abziehenden Witters. Allein diese Eindrücke können, schreibt die „Börsen-Ztg.“, täuschen. Einer Berner Meldung der „Bas. Nachr.“ zufolge soll nach Informationen aus

diplomatischen Kreisen die Wohlgemuth-Angelegenheit ihrem Ende noch nicht nahe sein, sondern anscheinend in „eine ernsthafte Phase“ eintreten wollen. Ferner veröffentlicht dasselbe Blatt eine Depesche aus Zürich, welcher zufolge am 13. Mai Nachts um 11 Uhr am Schluß einer Volksversammlung zwei deutsche Spitzel entdeckt und in die Höhe gehoben worden wären, um dem Volke gezeigt zu werden. Nachher sei ihre Verhaftung erfolgt. Bekäugt diese letzte Nachricht sich, so würde eine Genugthuungsaction Deutschlands gegen die Schweiz wegen des Polizei-Inspectors Wohlgemuth sich kaum noch auf diesen allein beschränken können.

Armee und Kriegsminister in Dänemark.

In den Kreisen der dänischen Armee macht sich eine intensive Bewegung gegen die vom Kriegsminister Bohnson geplante Befestigung der Hauptstadt geltend. Zu demonstrativem Ausdruck gelangte diese Stimmung bei der am 9. d. M. stattgehabten Feier des 25. Jahrestages der Seeschlacht von Helgoland, bei welcher der Höchstcommandirende der dänischen Armee, General Kaufmann, in einer Toastrede offen erklärte, daß die Anstrengungen Dänemarks nicht auf die Befestigung der Hauptstadt, sondern auf die Entwicklung seiner Kriegesflotte gerichtet sein sollten. Die gleiche Anschauung theilt, wie der Gewährungsmann des „Pol. Corr.“ schreibt, auch der Chef des Geniecorps, General Ernst, und ein großer Theil des Officiercorps, sowie fast die ganze Marine.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Erklärte gestern in Beantwortung der Interpellation Carneris betreffend die Rundgebung des zweiten österreichischen Katholikentages der Ministerpräsident Graf Taaffe, die Regierung habe keinerlei Anlaß gehabt, die ihr lediglich aus den Tagesblättern bekannt gewordenen Rundgebungen (gemeint ist besonders die auf Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes bezügliche) des Katholikentages, welcher sich auf geladene Gäste beschränkt habe, daher ohne Regierungsvorrede zusammengetreten sei, zum Gegenstande von Interpellationen oder Erklärungen zu machen. Insofern die Theilnehmer an der Versammlung von den ihnen grundgesetzlich gewährleisteten Rechten der freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hätten, enthielten sich die Äußerungen jeder weiteren Ingerenznahme der Regierung. Äußerungen einer Privatversammlung aber könnten auf die feststehende Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie, deren auswärtige Beziehungen nur durch die wohlwollenden Interessen der Monarchie bestimmt würden, keinen Einfluß ausüben. Was insbesondere die engen freundschaftlichen Beziehungen zu Italien angehe, so seien dieselben wiederholt von dem verantwortlichen Minister des Auswärtigen an kompetenter Stelle in jeder jeden Zweifel ausschließenden Weise gekennzeichnet worden.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung beantwortete Graf Taaffe verschiedene Interpellationen in Betreff des Wiener Tramway-Strikes, indem er die Vorwürfe, daß Polizei und Militär die gesetzlichen Schranken überschritten hätten, aufs entschiedenste zurückwies. Beide verbänden vielmehr Anerkennung. Hinsichtlich der in der Interpellation Berganis enthaltenen Äußerung in Betreff eines Vorgehens gegen die Antisemiten erklärte der Ministerpräsident, die Regierung lasse allen gesetzlich anerkannten Religionsgenossen gleichen Schutz angedeihen und trete aufs entschiedenste allen diesen Principien widersprechenden Schritten entgegen. Uebrigens liege es an der Gesellschaft, in religiösen, nationalen und politischen Differenzen jenes Maß gegenseitiger Achtung und Duldsamkeit für Andersdenkende anzunehmen, welches unserer Civilisation entspreche.

Das Haus nahm die Erklärungen des Ministerpräsidenten mit Beifall auf.

Im englischen Unterhause.

gab die Regierung wieder über mehrere Punkte der äußeren Politik Aufschluß. In Beantwortung mehrerer an ihn gerichteter Anfragen erklärte Unterstaatssecretär Ferguson, der Regierung sei nichts davon bekannt, daß die französische Regierung der Zuckerconvention feindlich gegenüberstehe. Ebenso wenig sei der Regierung bekannt, daß Hauptmann Wischmann einen neuen Angriff gegen Bafürst gemacht habe. Der stellvertretende englische Generalconsul habe kein Recht, sich irgendwie einzumischen, es sei denn, daß er von den Eingeborenen aufgefordert werde. — Der erste Lord des Schatzes Smith theilte mit, die Conversion der ägyptischen privilegierten Schuld werde von der ägyptischen Regierung ausgeführt, nicht von der englischen. Vor Ertheilung ihrer Zustimmung zu der Conversion hätte die Regierung die Kronjuristen befragt und sich von der Legalität der Maßregel überzeugt.

Deutschland.

* Berlin, 16. Mai. Die Uebersiedelung der kaiserlichen Familie nach Schloß Friedrichskron soll, wie jetzt verlautet, erst am 17. Juni erfolgen. — In Affingen erwartet man die Kaiserin vom Ende Juni bis Anfang August. Wie es heißt, wird die Kaiserin die bisher vom Reichskanzler innegehabte Wohnung an der oberen Saline beziehen.

* Berlin, 16. Mai. Bei der Abstimmung über den Antrag Goldschmidt, über die Petition gegen den Rastatterminhandel zur Tagesordnung überzugehen, stimmte mit den Freisinnigen nur eine Minderheit der Nationalliberalen, unter Führung des Abg. Voermann. Die Mehrheit der Nationalliberalen, die Conservativen und das Centrum stimmten für den Antrag der Petitionscommission, die Petitionen dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen. — Der Senatorenconsent des Reichstags beschloß heute, daß der Reichstag sich durch das Präsidium oder in anderer Weise bei der Inspektion des Reichstages betheiligen solle.

* [Ein alter Vorkämpfer der Fortschrittspartei], der Stadtrath Hausmann in Brandenburg, ist vorgestern Abend im 87. Lebensjahre in Brandenburg gestorben. Hausmann war 1802 zu Hannover geboren. Er vertrat im Reichstage während der ersten drei Legislaturperioden den Wahlkreis Westphalen als Mitglied der Fortschrittspartei. 1878 unterlag er gegen den conservativen Gegencandidaten. Seit dem 16. Januar 1866 gehörte er dem Herrenhause an, in welches er auf Präsentation der Stadt Brandenburg auf Lebenszeit berufen war.

* [Die Emsa-Expedition.] Nach einer Angabe im „Frankf. Journ.“ soll die sog. Emin

Pascha-Expedition jetzt dennoch an der Somali-küste gelandet sein, nachdem Herr Dr. Peters und Herr v. Tiedemann sich vorübergehend in Samu aufgehalten hätten. Die Nachricht steht der bisher unüberlegte gebliebenen Mitteilung von der erfolgten Abfahrt der Somali, die Landung zu verhindern, vorläufig beweislos gegenüber. Ihre Verbreiter fügen hinzu, daß „der Reiseplan der Expedition absichtlich im Dunkel gelassen werde“. Die nächsten Wochen und vielleicht Monate hindurch werde man wohl garrichts mehr von der Expedition hören — es sei denn, daß dieselbe zurückgeleitet wird oder ihre Kräfte dem Wismann'schen Streifcorps zur Verfügung stellt.

* [Die deutsche militärische Expedition nach Südwest-Afrika] (Damaraland), welche der augenblicklich noch im Logogebiet befindliche Hauptmann v. François führen wird, und in der den zweiten Rang sein Bruder, Lieutenant v. François, bekleidet, wird am 18. d. M. von Antwerpen aus in See gehen.

* In der „Volksztg.“ wird berichtet, daß der verstorbenen Geh. Regierungsrath Bittelmann nicht mit dem früheren Redacteur des „Staatsanzeigers“ identisch ist.

* [Kohlenmangel.] Während die normale Kohlenausfuhr aus dem Striegegebiet täglich 10 000 Wagen umfaßt, wurden am Sonnabend nur noch 1788 und am Montag, der „Frei. Ztg.“ zufolge, nur noch 1100 Waggons a 10 Tonnen ausgeführt. Im Elberfelder Eisenbahndirectionsbezirk sind im ganzen rund täglich 40 Züge stillst. worden. Die Doppelwaggons weßfälischer Kohle werden am Rhein mit 180 bis 200 Mark excl. Fracht bezahlt. Große Kohlensendungen kommen von der Saar nach den rheinischen Revieren. Von Belgien haben Freitag Abend 895 Waggons Kohlen die Grenze passiert und sind auf Schiffen auf dem Wege nach der Ruhr. In Witten sind Kohlen aus dem Saargebiet und Obereschleien eingetroffen. In Hamburg können die Bezüge englischer Kohlen nach den weßfälischen Fabrikbezirken wegen Wagenmangel nicht ausgeführt werden. Aus Böhmen gingen am Sonntag 400 Waggons Braunkohle nach Westfalenland.

* [Statistik über das Volksschulwesen.] Das zweite Hundert der Hefte des amtlichen Quellenwerkes „Preussische Statistik“ ist durch ein an Umfang die bisherigen Hefte mehrfach über-treffendes Heft eröffnet worden, das eine im Auftrage des Cultusministers verfaßte Darstellung des gesammten Volksschulwesens im preussischen Staate im Jahre 1886 enthält. In so umfangreicher und auf alle Einzelheiten eingehender Weise ist dieser wichtige Gegenstand bisher noch niemals bearbeitet worden. Die vorliegende Statistik schließt sich zwar unmittelbar an die beiden letzten großen Veröffentlichungen aus den Jahren 1878 und 1882 an, sie unterscheidet sich aber von diesen und allen früheren verwandten Mittheilungen der preussischen Volksschulverwaltungen dadurch, daß diese in der Regel nur einen Theil des weiten, vielerseitigen Gebietes geben, während es hier unternommen wird, ein Gesamtbild zu bieten, welches die Arbeiten der Volksschule nach allen Seiten hin darstellt und dadurch auch die Größe ihrer Aufgabe und ihre Beziehungen zum Leben des Volkes erkennen läßt. Allerdings theilt diese Statistik das Dooz jeder statistischen Arbeit; sie ist in den Momenten ihrer Veröffentlichung nicht mehr pfeffermäßig genau; sie giebt ein Augenblicksbild im eigentlichen Sinne. An einem bestimmten Tage, dem sog. Stichtage, diesmal den 20. Mai 1886, ist das Bild aufgenommen worden, in allen Schulen der Monarchie gleichzeitig, und wir erfahren eben nur, wie es in diesen damals aussah. Zwei Jahre sind erforderlich gewesen, um das große und reiche Material der Aufnahme zu prüfen, zu sichten, zu ordnen und zu verarbeiten, und in diesen zwei Jahren sind gerade auf dem Gebiete des Volksschulwesens wichtige, die Einrichtungen desselben tief berührende Ereignisse eingetreten, namentlich durch das Gesetz über die Pensionierung der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Schulen, das zwar schon 1885 erlassen ist, aber seine Wirkungen natürlich erst in den folgenden Jahren geübt hat; ferner durch das Gesetz über die Anstellung und das Dienstverhältnis der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen in Posen und Westpreußen von 1886 und durch die Gesetze vom 26. Mai 1887 und vom 14. Juni 1888, welche einerseits feste Normen für das Verfahren bei neuen Anforderungen der Unterrichtsbehörden an die Gemeinden verzeichnen, andererseits denselben Staatszuschuß in einer bis dahin nicht gekannten Höhe gesichert und der Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts den weitesten Umfang gegeben haben. Trotz der in Folge dieser Gesetze bereits eingetretenen Veränderungen muß das vorliegende Bild als ein treues bezeichnet werden. Gegenüber einer Schülerzahl der öffentlichen Volksschulen von 4 838 247 kann es nicht allzusehr in Betracht kommen, wenn davon 200 000 etwas anders auf die einzelnen Klassen vertheilt werden, und ebenso bedeutet es bei einem jährlichen Gesamtaufwande von 116 615 648 Mk. für das Volksschulwesen nicht allzu viel, wenn 20 000 000 Mk. sich zwischen Staat und Gemeinde anders vertheilen als bisher.

* In Landsberg a. W. hat am 14. d. M. eine zahlreich besuchte Versammlung von Handwerkern, Kaufleuten u. s. w. stattgefunden, in welcher eine Petition an den Reichstag beschlossen wurde, dem Gesetzentwurf über die Alters- und Invaliden-Versicherung die englische Zustimmung noch nicht zu geben, damit alle betheiligten Kreise Zeit gewinnen, sich mit den Bestimmungen und der Tragweite des Gesetzes vertraut und die aus der Praxis des Lebens sich ergebenden Bedenken geltend zu machen. Die Petition hat sofort über 100 Unterschriften erhalten.

Posen, 16. Mai. [Eine deutsche katholische Colonie.] Wie der „Aurper Bojn.“ mittheilt, hat die Regierungsbehörde an die hiesige katholische kirchliche Behörde das Ansuchen gerichtet, daß in Sokolniki, welches vor zwei Jahren von der Ansiedelungs-Commission erworben wurde, Predigten in deutscher Sprache gehalten werden. Diese Parodie, welche durch das Ableben des Propstes Twardt verwaist war, hatte der Propst Janz übernommen, dessen Einführung am 12. d. M. stattfand. Die Regierungsbehörde hat ihr Verlangen damit motiviert, daß in Sokolniki sich 12 deutsche katholische Ansiedler mit ihren Familien befinden, und daß dieser Ort zu einer deutschen-katholischen Colonie bestimmt ist.

* Aus den Reichsländern wird der „M. Ztg.“ berichtet, daß die landwirtschaftlichen und ge-

werblichen Schulen Elsf-Lothringens, wie dies auch im diesjährigen Landeshausgesetz vorgesehen war, einer Neuorganisation unterworfen werden sollen. Zunächst soll in Straßburg eine Handwerkerschule errichtet werden. Weiterhin sollen dann in allen Gemeinden, in denen das Bedürfnis dafür zu Tage tritt, solche Schulen ins Leben treten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 16. Mai. Die „Wiener Ztg.“ meldet die am 12. Mai in Alsfuth (Ungarn) stattgehabte Verlobung der Erzherrin Margarethe Clementine, Tochter des Erzherrn Josef, mit dem Fürsten Albert von Thurn und Taxis. — Das vom Kaiser an den Präsidenten des obersten Gerichtshofes v. Schmerling erlassene Handschreiben erinnert an die geschichtlichen Ereignisse, welche Schmerling aus den Reihen der Richter zu einer hervorragenden politischen Thätigkeit beriefen und demselben einen Platz unter den hervorragenden Staatsmännern Oesterreichs sicherten. Ferner gedenkt der Kaiser der 24-jährigen ausgezeichneten Leitung des obersten Gerichtshofes durch Schmerling und schließt mit dem Wunsche, daß der Allmächtige Schmerling noch lange in althergebrachter Kraft erhalten möge. (W. I.)

Wien, 16. Mai. Der König und die Königin von Dänemark, die heute hier eintrafen, werden bis zum 20. d. Mts. in Wien verweilen und sich dann mit der herzoglich Cumberland'schen Familie nach Gmunden begeben, von wo aus der König zum Ausbruch nach Wiesbaden reist.

Wien, 16. Mai. Fürst Nicolaus von Montenegro und sein Sohn, Prinz Danilo, die heute Morgen hier angekommen sind, legten heute Nachmittag einen Kranz auf den Sarg des Kronprinzen Rudolf nieder. Um 4 Uhr stattete der Fürst dem Grafen Ralkovich einen halbtägigen Besuch ab. Morgen Nachmittag sind der Fürst und der Erbprinz zur kaiserlichen Tafel in Schönbrunn geladen, welcher auch der König und die Königin von Dänemark beizumohnen werden. (W. I.)

Schweiz.

Bern, 16. Mai. Der Bundesrath sendet dem Könige von Italien einige Offiziere bis zur Grenzfstation Luino entgegen; die feierliche Begrüßung durch den Bundesrath erfolgt in Gosschen; alsdann findet ein gemeinsames Frühstück daselbst statt. (W. I.)

Aarau, 13. Mai. Gestern wurde hier das Denkmal feierlich enthüllt, das, dem schweizer Patrioten Augustin Keller gewidmet, dessen staatsmännische Thätigkeit (Bundesverfassung von 1848, Aufhebung der Klöster, Ausweisung der Jesuiten u. s. w.) dem Volk im lebendigen Erinnerung erhalten soll. Die freigelegten Schweizer waren aus allen Cantonen herbeigekommen; ihr Festzug war über 4000 Mann stark, die Volksmenge rundum aber unübersehbar. Oberst Broff von Solothurn, Oberst Jren von Basel, Ständerath Huberstein von Aarau und Nationalrath Müller von Bern sprachen bei der Weihehandlung. Beim Festmahle ergliffen Bundesrath Welli und Dr. Maibach das Wort zu kräftiger Aussprache. Ersterer sagte: „Wenn wir so treu unserer Zeit dienen, wie Keller der seinen gedient hat, so müssen wir siegen!“

Frankreich.

Paris, 16. Mai. Das Schwurgericht zu Montpellier verurtheilte heute den Deputirten Ellis zu einem Monat Gefängnis und 200 Frs. Geldbuße, die Mitangeklagten Sabine und Etrac zu fünfzehn Tagen und 100 Frs. Geldbuße wegen Verleumdung des Deputirten Galis. Der Advokat Peyron wurde freigesprochen. (W. I.)

Spanien.

Madrid, 16. Mai. Die Königin ist von einem leichten Unwohlsein befallen. (W. I.)

Schweden.

Stockholm, 16. Mai. Laut dem heute ausgegebenen Bulletin hatte die Kronprinzessin eine ruhige Nacht; die linksseitige Lungenentzündung hat sich nicht weiter ausgebreitet. Die Temperatur ist heute normal. (W. I.)

Stockholm, 16. Mai. Die erste Kammer schloß sich heute, von ihrem früheren Beschluß abgehend, den Beschlüssen der zweiten Kammer in Betreff der Vorlage über Abänderungen des Strafgesetzes (Socialistengesetz) an. (W. I.)

Serbien.

Belgrad, 16. Mai. Der englische Gesandte St. John überreichte heute Vormittag seine neuen Accreditive und gab dem innigen Wunsch der Königin für das Wohlergehen Serbiens, sowie für die Aufrechterhaltung und Förderung der freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder Ausdruck. Der Regent Milic betonte in seiner Erwiderung die große Wichtigkeit der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen und die besondere Genugthuung der Regentenschaft über die freundschaftlichen Gefinnungen der Königin gegenüber Serbien und seinem neuen Könige. Milic schloß mit der Versicherung, daß die Regentenschaft und die Regierung dem Gesandten die kräftigste Unterstützung gewähren werde. (W. I.)

Rußland.

Petersburg, 16. Mai. Nach einer Meldung aus Tiflis ist der Schah von Persien gestern Nachmittag daselbst eingetroffen, feierlich empfangen worden und im Palais des General-Gouverneurs abgesehen. (W. I.)

Am 18. Mai: Danzig, 17. Mai. M.-A. 11.53. G.-A. 3.56. U. 7.57.

Wetterausichten für Sonnabend, 18. Mai, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Veränderlich mit Regenfällen und Abkühlung bei vielfach aufsteigenden, böigen bis starken, in den Küstengebietern auch stürmischen Winden, zum Theil heiter. Bewegte bis grobe See. Im Süden meist wolbig bedeckt.

Für Sonntag, 19. Mai:

Veränderlich wolbig, vielfach sonnig und heiter. Im Norden böige, schwache bis frische Winde, an der Ostküste auch stark bis stürmisch. Nachts und früh starke Abkühlung.

Für Montag, 20. Mai:

Wechselnde Bewölkung, frühzeitig bedeckt und Regenfälle, übrigens vielfach heiter bei zunehmender Wärme; schwache bis frische, im Süden auch starke Winde.

* [General v. Aleff.] Der commandirende General des 1. Armecorps Herr v. Aleff ist, wie schon gemeldet wurde, unter dem 11. d. M. in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs zur Disposition gestellt worden. Herr v. Aleff hat der Armee seit dem 12. August 1841, also beinahe 48 Jahre, als Offizier angehört. Er stand lange

Zeit im 1. Garderegiment zu Fuß und machte als Bataillons-Commandeur in diesem Regiment den Feldzug 1866 mit, erwarb sich hierbei auch den Orden pour le mérite. 1869 wurde er Oberst und Commandeur des mecklenburgischen Grenadier-Regiments Nr. 89 und führte dieses Regiment mit Auszeichnung während des deutsch-französischen Krieges. Im Jahre 1873 erfolgte seine Ernennung zum Commandeur der 41. Infanteriebrigade in Mainz, die er bis zu seiner im Februar 1880 stattfindenden Ernennung zum Commandeur der 1. Garde-Infanterie-Division befehligte. An der Spitze dieser Division stand General-Lieutenant v. Kleist bis zum Mai 1885, dann wurde er als Nachfolger des verstorbenen Generals v. Goltberg commandirender General des 1. Armee-corps in Königsberg. General der Infanterie ist er seit dem 18. September 1886. Er war der Anciennität nach der dritthalbte commandirende General der Armee; seine Vorderleute sind die Generale der Cavallerie Freiherr v. Los (8. Corps) und v. Albedyll (7. Corps). Ueber den Nachfolger des Generals v. Kleist verläutet noch nichts Bestimmtes, doch bezeichnet man neuerdings neben dem schon oft genannten früheren Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf auch den ältesten Divisions-Commandeur, General-Lieutenant v. Seekt (10. Division).

* [Städtische Deputation aus Belgien.] Seitens des Bürgermeisters der Stadt Lüttich ist an den hiesigen Magistrat die Nachricht gelangt, daß die Herren Reuleux und Bols als Abgeordnete der genannten Stadt in naher Zeit hier eintreffen werden, um mit Genehmigung des Magistrats von den Einrichtungen der hiesigen Volksschulen Kenntniß zu nehmen.

* [Zum Fährverkehr auf der Weichsel.] Den aus Galizien stammenden Fährern war es bisher gestattet, auf Grund von Legitimationskarten, die ihnen von den Ortsbehörden ausgestellt waren, mit den Trakten Stromak russisches Gebiet zu passieren und auf dem Landwege nach ihrer Heimath durch Rußland zurückzuführen. In diesem Jahre erkennt Rußland die Legitimationskarten bei der Thalsahrt an, russische Grenzbeamte verlangen aber von den Fährern bei dem Wiederbetreten des Zarenreichs zum Zweck der Rückkehr nach Galizien ordnungsmäßige, mit 2 Rufs. verschiedene Jahrespässe. Den Fährern, welche bereits in diesem Jahre nach Westpreußen gekommen sind und jetzt nach der Heimath zurückkehren wollen, ist diese Bestimmung unbekannt gewesen, und sie haben an der russischen Grenze Halt machen müssen. Gegen 400 solcher Leute befinden sich zur Zeit in Schilling, ungefähr 200 in Thorn. Ein polnischer Dampfer ist dort angekommen, um die Leute auf dem Wasserwege nach Rußland zurückzubringen, aber auch auf diesem Wege wird der Paß verlangt. In Warschau liegen viele Holzkraften, die Fährer weigern sich, weiter zu schwimmen, weil sie befürchten, daß ihnen die Rückkehr nicht möglich sein werde. Der russische Viceconsul in Thorn hat sich nun, wie die „Th. D. Z.“ berichtet, der Fährer angenommen und sich heute nach Alexandrowo begeben, um die Angelegenheit zu Gunsten der Fährer zu ordnen.

* [Trinker-Heilanstalt.] Gutem Vernehmen nach hat der Provinzialausschuß der Provinz Westpreußen für die westpreussische Trinker-Heilanstalt „Zum guten Hirten“, welche in der Nähe von Neustadt errichtet werden soll, eine einmalige Subvention von 1000 Mk. bewilligt. Nach dem Beispiel anderer Kreise hat auch der Kreis Schwedt dieser Anstalt kürzlich 100 Mk. Beitrag bewilligt.

* [Personalien.] Der Staatsanwalt Dr. jur. Sperling in Memel ist in gleicher Amtsbezeichnung an das Landgericht in Danzig versetzt. Der Referendar Dr. Georg Strübing ist zum Gerichtsassessor ernannt und der Forstmeister Schirmacher in Marienwerder ist unter Ernennung zum Ober-Forstmeister an die hgl. Regierung zu Posen versetzt worden.

* [Deichbau.] Von Hrn. Deichhauptmann Boshke zu Treuenhufen ist die diesjährige Frühjahrsschleuse im Deichverbande der alten Binnenehrung auf den 24. Mai anberaumt worden. Nach der Deichschau findet eine Deichaufsichtung in dem Lokale des Kaufmanns Hart in Schöndamm statt.

* [Preussische Lotterien.] Die Erneuerung der Loose zur dritten Klasse der preussischen Lotterie, die am 17. Juni d. J. beginnt, hat bis zum 13. Juni, Abends 6 Uhr, zu erfolgen.

* [Schwurgericht.] Unter der Anklage, ihr 11 Tage altes Kind vor sich, aber nicht mit Ueberlegung getödtet zu haben, stand das etwas schwächliche Dienstmädchen Elisabeth Müller aus weichen Anknüpfung zu diesem Verbrechen der Bestenstohn Johannes Schirmacher aus Abbau Rosengart in Abbau Rosengart vor den Geschworenen. Die Müller diente seit dem Jahre 1884 bei dem Besten Schirmacher in Abbau Rosengart und war am 25. September v. Js. im hiesigen Hebammeninstitut von einem Mädchen entbunden, dessen Vater der inzwischen zum Militär eingetragene Bruder des Angeklagten Schirmacher sein soll. Als die Müller wieder genesen war, forderte sie von ihrer Dienstherrin Geld, worauf am 5. Okt. der Angeklagte Schirmacher erschien, um die Müller mit nach Hause zu nehmen. Beide fuhren Nachmittags von hier weg und kamen um 5 Uhr in Dirschau an. Nach der Aussage der Müller, auf welche sich die Anklage stützt, fand die beiden vom Bahnhof nach einer Herberge gegangen, um dort zu übernachten, und haben auf ihrem Wege eine über den Mühlengraben führende Brücke überschritten. Am nächsten Morgen habe die Müller ihr Kind bei einer in der Herberge wohnenden Familie unterbringen wollen, doch habe Schirmacher erklärt, der für die Unterhaltung geforderte Preis sei zu hoch. Sie seien nun gegen Abend nach dem Bahnhof gegangen und als sie die Brücke wiederum passirt hätten, habe Schirmacher zu ihr gesagt: „Schmeiß es hinein!“ Hierauf habe sie das Kind in das Wasser geworfen und dann seien die beiden zum Bahnhof gegangen und nach Abbau weitergefahren. Unterwegs sei Schirmacher vorausgegangen und früher in Rosengart angekommen, wo er seiner Mutter gesagt habe, sie hätten das Kind in Dirschau untergebracht. Inzwischen war von Danzig aus wegen Einföhrung der Vormundschaft an den Amtsvorsteher geschrieben worden und bei den angeforderten Nachfragen wurde das Fehlen des Kindes, dessen Leiche übrigens bis heute noch nicht gefunden ist, entdeckt. Bei ihrer Vernehmung vor dem Amtsvorsteher erklärte die Müller den Hergang in der oben geschilderten Weise. Der Angeklagte Schirmacher bestritt die Angaben der Müller und behauptete, sie seien in Dirschau garnicht die Nacht über geblieben. Als sie von Danzig angekommen seien, habe die Müller Hunger gehabt und er habe ihr Geld gegeben, um sich Gemüth zu kaufen. Sie sei mit dem Kinde weggegangen, aber ohne dasselbe zurückgebracht. Auf seine Frage, wo das Kind geblieben sei, habe sie ihm gesagt, sie habe es in das Wasser geworfen. Er habe allerdings, um die Müller nicht unglücklich zu machen, von dem Vorfall geschwiegen und habe gesagt, sie hätten das Kind in Dirschau untergebracht. Die Müller war in ihren Aussagen vielfach unbestimmt und verwickelte sich mehrfach in Widersprüche, die annehmend durch ihre an Schwachsinn grenzende Beschränktheit hervorgerufen wurden. Hierauf nach der dritten Amtsrichter v. Schuchbahr in

Dirschau, daß die dortige Gerichtsbehörde sich die größte Mühe gegeben habe, die Herberge aufzufinden, in welcher die Müller übernachtet haben will, doch sei das nicht gelungen. Ebenfalls war die M. im Stande, dem Beamten den Weg zu zeigen, auf welchem sie zur Herberge gelangt ist. (Die Verhandlung dauert bei Schluß des Blattes noch fort.)

* [Polizeibericht vom 17. Mai.] Verhaftet: 1 Arbeiter, 1 Laufbursche wegen Diebstahls, 1 Restaurateur wegen Sachbeschädigung, 2 Bettler, 1 Betrunkener, 2 Dirnen. Erlaubt, 16. Mai. Die „Elb. Ztg.“ hört, wird morgen oder übermorgen der Landwirthschafts-Minister v. Lucius hier eintreffen und sich demnach in die Niederung begeben, um sich durch eine Besichtigung derselben von den landwirthschaftlichen Verhältnissen der Bewohner mit Bezug auf die Folgen der vorjährigen Ueberschwemmung zu überzeugen. Wahrscheinlich wird der Minister auch eine Fahrt nach dem Hof antreten. — In den nächsten Tagen tritt im „Königlichen Hof“ hier selbst eine Commission von Fischerei-Deputierten der Königsberger und Danziger Regierung zu. Diefelbe wird über die Feststellung der Grenzen zwischen Binnen- und Küstfischerei vor den Magermündungen, sowie über die Einrichtung von Fischereiskaffen für die Geräte und Gezeuge der Fischer berathen. In Verfolg dieser Angelegenheit sind heute früh die Herren Regierungspräsident v. Sepp, der Vorsitzende des Fischereifischereivereins Oberregierungsrath Westphal und der Schriftführer desselben Vereins Dr. Seilgo aus Danzig auf das haff gefahren, um sich durch den Augenschein von der Lage der Sache zu überzeugen.

* [Städtische Deputation aus Belgien.] Seitens des Bürgermeisters der Stadt Lüttich ist an den hiesigen Magistrat die Nachricht gelangt, daß die Herren Reuleux und Bols als Abgeordnete der genannten Stadt in naher Zeit hier eintreffen werden, um mit Genehmigung des Magistrats von den Einrichtungen der hiesigen Volksschulen Kenntniß zu nehmen.

* [Zum Fährverkehr auf der Weichsel.] Den aus Galizien stammenden Fährern war es bisher gestattet, auf Grund von Legitimationskarten, die ihnen von den Ortsbehörden ausgestellt waren, mit den Trakten Stromak russisches Gebiet zu passieren und auf dem Landwege nach ihrer Heimath durch Rußland zurückzuführen. In diesem Jahre erkennt Rußland die Legitimationskarten bei der Thalsahrt an, russische Grenzbeamte verlangen aber von den Fährern bei dem Wiederbetreten des Zarenreichs zum Zweck der Rückkehr nach Galizien ordnungsmäßige, mit 2 Rufs. verschiedene Jahrespässe. Den Fährern, welche bereits in diesem Jahre nach Westpreußen gekommen sind und jetzt nach der Heimath zurückkehren wollen, ist diese Bestimmung unbekannt gewesen, und sie haben an der russischen Grenze Halt machen müssen. Gegen 400 solcher Leute befinden sich zur Zeit in Schilling, ungefähr 200 in Thorn. Ein polnischer Dampfer ist dort angekommen, um die Leute auf dem Wasserwege nach Rußland zurückzubringen, aber auch auf diesem Wege wird der Paß verlangt. In Warschau liegen viele Holzkraften, die Fährer weigern sich, weiter zu schwimmen, weil sie befürchten, daß ihnen die Rückkehr nicht möglich sein werde. Der russische Viceconsul in Thorn hat sich nun, wie die „Th. D. Z.“ berichtet, der Fährer angenommen und sich heute nach Alexandrowo begeben, um die Angelegenheit zu Gunsten der Fährer zu ordnen.

* [Städtische Deputation aus Belgien.] Seitens des Bürgermeisters der Stadt Lüttich ist an den hiesigen Magistrat die Nachricht gelangt, daß die Herren Reuleux und Bols als Abgeordnete der genannten Stadt in naher Zeit hier eintreffen werden, um mit Genehmigung des Magistrats von den Einrichtungen der hiesigen Volksschulen Kenntniß zu nehmen.

* [Städtische Deputation aus Belgien.] Seitens des Bürgermeisters der Stadt Lüttich ist an den hiesigen Magistrat die Nachricht gelangt, daß die Herren Reuleux und Bols als Abgeordnete der genannten Stadt in naher Zeit hier eintreffen werden, um mit Genehmigung des Magistrats von den Einrichtungen der hiesigen Volksschulen Kenntniß zu nehmen.

* [Städtische Deputation aus Belgien.] Seitens des Bürgermeisters der Stadt Lüttich ist an den hiesigen Magistrat die Nachricht gelangt, daß die Herren Reuleux und Bols als Abgeordnete der genannten Stadt in naher Zeit hier eintreffen werden, um mit Genehmigung des Magistrats von den Einrichtungen der hiesigen Volksschulen Kenntniß zu nehmen.

* [Städtische Deputation aus Belgien.] Seitens des Bürgermeisters der Stadt Lüttich ist an den hiesigen Magistrat die Nachricht gelangt, daß die Herren Reuleux und Bols als Abgeordnete der genannten Stadt in naher Zeit hier eintreffen werden, um mit Genehmigung des Magistrats von den Einrichtungen der hiesigen Volksschulen Kenntniß zu nehmen.

* [Städtische Deputation aus Belgien.] Seitens des Bürgermeisters der Stadt Lüttich ist an den hiesigen Magistrat die Nachricht gelangt, daß die Herren Reuleux und Bols als Abgeordnete der genannten Stadt in naher Zeit hier eintreffen werden, um mit Genehmigung des Magistrats von den Einrichtungen der hiesigen Volksschulen Kenntniß zu nehmen.

* [Städtische Deputation aus Belgien.] Seitens des Bürgermeisters der Stadt Lüttich ist an den hiesigen Magistrat die Nachricht gelangt, daß die Herren Reuleux und Bols als Abgeordnete der genannten Stadt in naher Zeit hier eintreffen werden, um mit Genehmigung des Magistrats von den Einrichtungen der hiesigen Volksschulen Kenntniß zu nehmen.

* [Städtische Deputation aus Belgien.] Seitens des Bürgermeisters der Stadt Lüttich ist an den hiesigen Magistrat die Nachricht gelangt, daß die Herren Reuleux und Bols als Abgeordnete der genannten Stadt in naher Zeit hier eintreffen werden, um mit Genehmigung des Magistrats von den Einrichtungen der hiesigen Volksschulen Kenntniß zu nehmen.

* [Städtische Deputation aus Belgien.] Seitens des Bürgermeisters der Stadt Lüttich ist an den hiesigen Magistrat die Nachricht gelangt, daß die Herren Reuleux und Bols als Abgeordnete der genannten Stadt in naher Zeit hier eintreffen werden, um mit Genehmigung des Magistrats von den Einrichtungen der hiesigen Volksschulen Kenntniß zu nehmen.

* [Städtische Deputation aus Belgien.] Seitens des Bürgermeisters der Stadt Lüttich ist an den hiesigen Magistrat die Nachricht gelangt, daß die Herren Reuleux und Bols als Abgeordnete der genannten Stadt in naher Zeit hier eintreffen werden, um mit Genehmigung des Magistrats von den Einrichtungen der hiesigen Volksschulen Kenntniß zu nehmen.

* [Städtische Deputation aus Belgien.] Seitens des Bürgermeisters der Stadt Lüttich ist an den hiesigen Magistrat die Nachricht gelangt, daß die Herren Reuleux und Bols als Abgeordnete der genannten Stadt in naher Zeit hier eintreffen werden, um mit Genehmigung des Magistrats von den Einrichtungen der hiesigen Volksschulen Kenntniß zu nehmen.

* [Städtische Deputation aus Belgien.] Seitens des Bürgermeisters der Stadt Lüttich ist an den hiesigen Magistrat die Nachricht gelangt, daß die Herren Reuleux und Bols als Abgeordnete der genannten Stadt in naher Zeit hier eintreffen werden, um mit Genehmigung des Magistrats von den Einrichtungen der hiesigen Volksschulen Kenntniß zu nehmen.

* [Städtische Deputation aus Belgien.] Seitens des Bürgermeisters der Stadt Lüttich ist an den hiesigen Magistrat die Nachricht gelangt, daß die Herren Reuleux und Bols als Abgeordnete der genannten Stadt in naher Zeit hier eintreffen werden, um mit Genehmigung des Magistrats von den Einrichtungen der hiesigen Volksschulen Kenntniß zu nehmen.

* [Städtische Deputation aus Belgien.] Seitens des Bürgermeisters der Stadt Lüttich ist an den hiesigen Magistrat die Nachricht gelangt, daß die Herren Reuleux und Bols als Abgeordnete der genannten Stadt in naher Zeit hier eintreffen werden, um mit Genehmigung des Magistrats von den Einrichtungen der hiesigen Volksschulen Kenntniß zu nehmen.

* [Städtische Deputation aus Belgien.] Seitens des Bürgermeisters der Stadt Lüttich ist an den hiesigen Magistrat die Nachricht gelangt, daß die Herren Reuleux und Bols als Abgeordnete der genannten Stadt in naher Zeit hier eintreffen werden, um mit Genehmigung des Magistrats von den Einrichtungen der hiesigen Volksschulen Kenntniß zu nehmen.

* [Städtische Deputation aus Belgien.] Seitens des Bürgermeisters der Stadt Lüttich ist an den hiesigen Magistrat die Nachricht gelangt, daß die Herren Reuleux und Bols als Abgeordnete der genannten Stadt in naher Zeit hier eintreffen werden, um mit Genehmigung des Magistrats von den Einrichtungen der hiesigen Volksschulen Kenntniß zu nehmen.

* [Städtische Deputation aus Belgien.] Seitens des Bürgermeisters der Stadt Lüttich ist an den hiesigen Magistrat die Nachricht gelangt, daß die Herren Reuleux und Bols als Abgeordnete der genannten Stadt in naher Zeit hier eintreffen werden, um mit Genehmigung des Magistrats von den Einrichtungen der hiesigen Volksschulen Kenntniß zu nehmen.

* [Städtische Deputation aus Belgien.] Seitens des Bürgermeisters der Stadt Lüttich ist an den hiesigen Magistrat die Nachricht gelangt, daß die Herren Reuleux und Bols als Abgeordnete der genannten Stadt in naher Zeit hier eintreffen werden, um mit Genehmigung des Magistrats von den Einrichtungen der hiesigen Volksschulen Kenntniß zu nehmen.

und gingen gegen das Militär vor, wobei ein Strikender getödtet wurde. Die Nacht verlief ruhig. Breslau, 17. Mai. (W. I.) Die „Schl. Ztg.“ meldet über den gestrigen Waldenburger Vorgang: Ein Trupp Bergleute verfuhrte den Luftschacht der Melchiorgrube bei Dittersbach zu demoliren. Die Truppen schritten ein und feuerten. Ein Bergmann ist getödtet, zwei sind verwundet worden.

Gelsenkirchener, 17. Mai. (W. I.) In Folge des günstigen Eindrucks der Verhandlungen in Berlin und der Kaiserworte ist in vielen Bechen ein großer Theil der Belegschaft heute wieder angefahren. Die Stimmung der Bergarbeiter ist eine freudig gehobene.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung. Berlin, 17. Mai.

Grs. v. 16.			Grs. v. 16.	
Weizen, gelb			4% russ. Anl. 80	95.10 95.30
Mai-Juni . . .	184.00	184.70	Commodoren	53.50 53.00
Sept. Okt. . .	180.50	180.50	Franken . . .	104.40 105.20
Roggen			Gred.-Actien	165.40 165.60
Mai-Juni . . .	141.00	141.00	Disc. Comm.	240.70 241.00
Sept. Okt. . .	143.00	142.70	Deutsche B.	174.60 175.00
Petroleum v. d.			Carlsruhe . .	131.10 135.00
200 H			Deft. Noten	173.30 173.30
loc.	22.80	22.60	Russ. Noten	217.90 218.45
Ribbit			Darj. kurz	217.90 218.05
Sept. Okt. . .	54.40	53.90	Combon kurz	— 20.46
Mai-Juni . . .	53.40	53.00	Russk. 5%	— 20.385
Spiritus			EW. b. A.	87.00 87.60
Mai-Juni . . .	35.00	34.80	Dani Privat-	— —
Aug. Sept. . .	35.60	35.20	bank . . .	— —
4% Consols	107.00	106.90	D. Delmühle	174.20 174.20
3 1/2% wehr.			do. Priorit.	152.50 152.00
Handbr.	102.10	102.20	Wladkow 120	120.25 119.50
do. II.	102.10	102.20	do. St-A.	79.90 79.10
do. neu. . . .	102.10	102.20	Dittr. Gabb.	— —
5% Rum.-A.	98.10	98.00	Stamm-A.	117.90 117.40
Ung. 4% Gbr.	98.00	89.10	Türks 5%-A.	84.75 84.75
2. Orient-Anl.	67.70	67.60	Fondsabrie: festlino.	

